

99 Argumenter fir e staarkt Lëtzebuerg

Die Zukunft ist schon da

Dieses Jahrhundert gibt es in einigen Monaten nicht mehr.

Und das nächste hat schon begonnen.

Die Zeit läßt sich nicht mehr einteilen in Gegenwart und Zukunft.

Denn die Zukunft ist schon da. Sie hat die Gegenwart fest im Griff.

Die Entscheidungen, die wir treffen, dürfen nicht nur aus heutiger Sicht stimmen. Sie müssen auch in die Zukunft passen. Ihre Zukunftsverträglichkeit ist das alles bestimmende Kriterium.

Wir wissen – ohne es immer mit letzter Gewißheit zu wissen – ziemlich genau, welche Chancen wir haben und welche Risiken und Gefahren morgen und übermorgen auf uns lauern. Deshalb wissen wir, auch wenn wir es manchmal nicht wahrnehmen wollen, was die Zukunft von uns verlangt.

In der zurückliegenden Legislaturperiode wurden Entscheidungen getroffen, Reformen durchgeführt und Gesetze verabschiedet, die kurzfristig notwendig waren: Die vielfältigen Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, zur Erhaltung der Kaufkraft und zur Sicherung der Arbeitsplätze belegen das.

Aber wir haben auch Probleme angepackt, die sich erst in 15 oder 20 Jahren stellen. Wir hätten diese Probleme aussitzen können. Aber Handlungsbedarf besteht auch dann, wenn man weiß, daß gegenwärtige Fehlentwicklungen zu einer derartigen Problemstellung führen, daß sie die Zukunft versperren.

Große Probleme soll man lösen, bevor sie zu groß sind, um noch gelöst zu werden. Die Pensionsreform ist hierfür ein Beispiel.

Es gibt zwei Auffassungen von Politik. Entweder man läßt die Probleme vor sich hertreiben und beschränkt sich auf schöne Worte. Oder man stellt sich den Problemen und löst sie mit dem Mut zur Tat.

Wir haben uns für die zweite Methode entschieden.

Das galt für die letzten fünf Jahre.

Das gilt auch für die nächsten fünf Jahre.



Jean-Claude Juncker

Liebe Wählerinnen, liebe Wähler!

Nunmehr sind die Wahlprogramme aller Parteien veröffentlicht. Das Programm der CSV liegt in einer ausführlichen Form vor, in der unsere Ideen und Vorschläge für die nächste Legislaturperiode dargelegt sind. Das vollständige Programm ist im CSV-Generalsekretariat erhältlich.

Das vorliegende Dokument „99 Argumenter fir e staarkt Lëtzebuerg“ bietet in übersichtlicher Strukturierung einen Einblick in die Art und Weise, wie wir unser Land in ein neues Jahrhundert führen wollen. Unsere Vorschläge für die zukünftige Gestaltung unseres Landes beruhen auf Erfahrung, aber auch auf neuen Konzepten und Ideen.

In der vergangenen Legislaturperiode haben wir uns mit Kompetenz und Weitsicht für eine Politik eingesetzt, die auf Dauer ausgelegt ist. Wir können und dürfen uns nicht auf kurzfristige Entwicklungen beschränken. Eine gesicherte Zukunft unseres Landes, im Rahmen der Europäischen Union, muß unser vorrangiges Ziel bleiben.

Wir haben mit Jean-Claude Juncker unsere engagierte Politik der Modernisierung unseres Landes weitergeführt. Doch vieles bleibt noch zu tun. Wir werden auch in den nächsten Jahren mit Entschlossenheit für soziale Gerechtigkeit, stabile Arbeitsplätze, eine moderne Schule und eine fortschrittliche Entwicklung unseres Landes einsetzen. Besonders das Zeitalter der weltweiten Kommunikation stellt unser Land vor neue Herausforderungen.

In der Europäischen Union stehen wichtige Entscheidungen an. Vor allem im aktuellen Kontext sind die Zeiten zum Experimentieren wenig geeignet. Wir werden uns mit allen Kräften um den Frieden bemühen müssen.

Deshalb bitten wir Sie, liebe Wählerinnen, liebe Wähler, diese Broschüre aufmerksam zu lesen, damit Sie sich von der Richtigkeit unserer Argumente überzeugen können.

Erna Hennicot-Schoepges



Familie: ein lohnendes Ziel

- 1** Für die CSV bleibt die Ehe die geeignete juristische Form des dauerhaften partnerschaftlichen Zusammenlebens. Sie muß auch weiterhin unterstützt werden. Sie ist jedoch nicht mehr die einzige Form des Zusammenlebens. Manche Paare bauen ihr gemeinsames Leben ohne Eheschließung auf.
- 2** Die Art und Weise, wie Paare ihr Zusammensein – Familien- und Berufsleben – gestalten, ist nicht Sache der Politik: Jedes Paar soll seine Wahl in eigener Entscheidung treffen.
Die Politik muß die Wahl respektieren.
Die Politik hat die Pflicht, die einzelnen Paare bei der Entfaltung ihres Familienlebens zu unterstützen. Die juristischen und sozialen Probleme, die sich unverheirateten Paaren, auch gleichgeschlechtlichen, stellen können, bedürfen unbedingt einer Lösung.
- 3** In der Lebensplanung von jungen Leuten muß die Familie ein lohnendes Ziel bleiben. Deshalb soll ihre Gestaltungsfreiheit besonders gefördert werden. Die Entscheidung, sich ganz oder vorübergehend der Haus- und Familienarbeit zu widmen, soll ebenso möglich sein wie die Entscheidung, Familie und Erwerbsarbeit miteinander zu verbinden.
- 4** Zusammenleben will gelernt sein. Das meiste lernt man während der Partnerschaft. Jedoch kann man Grundprinzipien auch in Kursen erlernen. Die Kurse, die momentan zukünftigen Ehepartnern angeboten werden, sollen in Zukunft auch unverheirateten Paaren zugänglich sein.

Ja zum Kind

- 5** Das Ja zum Kind muß gefördert werden. Die Entscheidung für Kinder ist eine Entscheidung für die Zukunft. Deshalb dürfen – bei gleichem Einkommen – Familien mit Kindern gegenüber kinderlosen Ehepaaren nicht benachteiligt werden.
Daher ist die CSV gegen eine Besteuerung des Kindergeldes. Sie wird das Prinzip der Steuerermäßigung für Kinder beibehalten.
Das heißt konkret:
 - Die jetzige Steuerbonifikation von 36.000 Franken pro Kind pro Jahr wird wegen der horizontalen Steuergerechtigkeit zwischen Verheirateten mit und ohne Kinder beibehalten.
 - Das Kindergeld wird in den nächsten fünf Jahren um 24.000 Franken pro Kind erhöht.
- 6** Um Familie und Beruf besser miteinander verbinden zu können, werden 1.000 zusätzliche Plätze in Kindertagesstätten geschaffen.

Priorität für Eigentumsbildung

7 Die Anschaffung eines Eigenheimes wird weiterhin dadurch erleichtert, daß die auf 3 % reduzierte Mehrwertsteuer (TVA) auf dem Kaufpreis beibehalten wird. Die beim Bau eines Eigenheimes gezahlte Mehrwertsteuer wird weiterhin – und zwar schneller – rückerstattet.

Die CSV will das Fördersystem auf hohem Niveau beibehalten und so umgestalten, daß die Beihilfen dem Einkommen entsprechen. Bei einer geringfügigen Überschreitung des Einkommensgrenzwertes dürfen nicht alle Fördermittel entfallen.

8 Die CSV will den Gebäudepass, einen Leitfaden für ökologisches Bauen, einführen.

9 Damit auch weniger bemittelte Familien in einer menschenwürdigen Wohnung leben können, müssen Staat und Gemeinden alle Formen des öffentlichen und privaten Wohnungsbaus weiterhin fördern.

Chancengleichheit fördern

10 Die Chancen der Frauen in der Arbeitswelt sollen verbessert werden:

- durch eine familienfreundlichere Arbeitszeitorganisation;
- durch die Koordinierung der Öffnungszeiten der Betreuungsangebote und der Arbeitszeiten;
- durch neue Arbeitsformen, wie zum Beispiel Tele- und Heimarbeit;
- durch einen einjährigen unbezahlten Urlaub mit Wiedereinstellungsgarantie im Anschluß an den Mutterschaftsurlaub, soweit dies betriebsverträglich machbar ist.

11 Familienmütter dürfen bei den Renten nicht leer ausgehen. Wir werden in Zukunft sieben Erziehungsjahre für jedes Kind anrechnen. So wird der Zugang für Familienmütter zu den Renten wesentlich erleichtert.

12 Die CSV will das Rentensplitting im öffentlichen und im privaten Sektor. Jedem der beiden Partner soll die Hälfte der gemeinsam erworbenen Pensionsrechte zustehen.

13 Die Gewalt gegen Frauen und Kinder soll konsequenter verfolgt und bestraft werden. Nicht die geschlagenen Frauen und Kinder, sondern die schlagenden Männer müssen die Wohnung verlassen.

Integration ist wichtig

14 In Luxemburg leben viele Ausländer. Ohne sie wäre der wirtschaftliche Aufschwung nicht möglich gewesen. Wir brauchen einander. Ein gutes Zusammenleben ist nur durch richtig verstandene Integration möglich.

Wichtige Integrationsfaktoren sind die Schule und die Sprache. Deshalb sollen luxemburgische und ausländische Kinder auch gemeinsame Klassen besuchen. Unsere ausländischen Mitbürger sollen motiviert werden, die luxemburgische Sprache zu erlernen.

15 Luxemburger werden soll einfacher werden. Deshalb will die CSV die Prozeduren vereinfachen und die Unkosten abschaffen. Die notwendige Aufenthaltsdauer soll von 10 auf 5 Jahre herabgesetzt werden.

Wir brauchen die Senioren – die Senioren brauchen uns

16 Unsere Gesellschaft braucht die Senioren. Wir wollen ihnen mehr Möglichkeiten geben, ihre Zeit zu gestalten: Seniorenakademien, Bildungs-, Kultur- und Freizeitangebote.

17 Die Generationensolidarität soll konkreter gelebt werden. Wir wollen die Kontakte zwischen jungen und älteren Menschen fördern. So sollen zum Beispiel in Pilotprojekten Seniorenheime und Kindertagesstätten unter einem und demselben Dach untergebracht werden.

18 Die Senioren brauchen auch die Gesellschaft. Das Konzept der „Centres intégrés“ soll weitergeführt werden. Das Angebot an stationärer Hilfe soll ausgebaut werden.

Behinderung darf nicht ausgrenzen.

19 Um die Behinderten bei der Bewältigung ihrer Probleme besser zu unterstützen, wird die CSV eine zentrale Beratungsstelle für Behinderte schaffen.

20 Die öffentlichen Verwaltungen werden jedes Jahr 50 Behinderte neu einstellen. Das ergibt 250 Arbeitsplätze für Behinderte in 5 Jahren.

21 Das staatliche und kommunale Wohnungsbauprogramm muß den Bau von behindertengerechten Wohnungen einplanen. Die öffentlichen Transportmittel müssen Behinderten zugänglich sein.

22 Jeder Behinderte soll ein Mindesteinkommen erhalten, damit er ein finanziell unabhängiges Leben führen kann.

Wir setzen auf die Jugend

- 23** Die Jugendlichen sollen besser in das politische und soziale Geschehen eingebunden werden. Deshalb werden wir das passive Wahlrecht auf 18 Jahre herabsetzen.
- 24** Eine „Talent-Agentur“ soll besonders begabten Jugendlichen den Zugang zu internationalen Nachwuchsförderprogrammen und Jugendwettbewerben erleichtern.
- 25** Die Jugendlichen auf der Schattenseite müssen besser geschützt werden. Der „Service Central d'Assistance Sociale“ (S.C.A.S.) wird dafür zusätzliches Personal erhalten.

Eine finanzierbare und zukunftsfähige soziale Sicherheit

- 26** Der Sozialstaat muß finanzierbar bleiben. Die Sicherheit, die er heute gewährleistet, soll auch für unsere Kinder und Enkel gegeben sein. Der Sozialstaat muß also zukunftsfähig bleiben. Deshalb hat er Grenzen.
- 27** Die CSV wird alles daran setzen, damit die gemeinsame Kapitalreserve der Pensionskassen als Puffer gegen eventuelle finanzielle Engpässe erhalten bleibt. Wir werden überprüfen, wie Teile dieser Reserve ertragreicher angelegt werden können. Es darf aber nicht mit der Reserve spekuliert werden.
- Die Pensionen sollen in Zukunft nicht ausschließlich durch die Beiträge auf der Lohnmasse finanziert werden. Es sollen neue Finanzierungsquellen erschlossen werden.
- 28** Die Pensionen werden auch in Zukunft an die allgemeine Lohn- und Preisentwicklung angepaßt. So bleibt das Lebensniveau der Rentner gewahrt.
- 29** Die Leistungen unseres Rentensystems sind an Beitragszahlungen während einer 40jährigen Versicherungszeit gebunden. Immer weniger Menschen sind aber 40 Jahre berufstätig. Es besteht die Gefahr, daß ihre Pension nicht ausreicht, um im Alter ihr Leben frei gestalten zu können. Deshalb wird die CSV die „Grundrente“ erhöhen.
- 30** Neben der gesetzlichen Altersversicherung, die durch das Umlageverfahren finanziert wird, wurden die betrieblichen Zusatzpensionen gesetzlich abgesichert. Der Ausbau der Betriebsrenten darf aber nicht auf Kosten der gesetzlichen Altersversicherung gehen.

Ein leistungsfähiges Gesundheitswesen

31 Vorsorgen ist besser als heilen. Darum sollen Vorsorgeuntersuchungen, Aufklärungskampagnen zur Gesundheitserhaltung und die Früherkennung von Krankheiten finanziell stärker unterstützt werden.

32 Neben der klassischen Medizin gibt es eine Reihe von alternativen Heilmethoden, auf die viele Menschen vertrauen. Die CSV ist für die Therapiefreiheit. Deshalb sollen bewährte Heilmethoden, wie Homöopathie und Akupunktur, eine legale Basis erhalten.

33 Die CSV tritt für dezentrale medizinische Einrichtungen ein. So soll das Rehasentrum lokale Antennen erhalten. Besonders im ländlichen Raum sollen mehr Apotheken geschaffen werden. Gleichzeitig sollen Rezeptsammelstellen eine Haus-zu-Haus-Zustellung von Medikamenten ermöglichen.

34 Jeder hat ein Recht, menschenwürdig zu sterben. Darum soll das Angebot an Palliativmedizin so erweitert werden, daß sie jedem zugänglich ist. Die CSV tritt für die Möglichkeit auf Therapieverzicht ein. Schmerzlinderung muß bei unheilbar Kranken Vorrang vor lebensverlängernden Maßnahmen haben. Die CSV lehnt die aktive Sterbehilfe jedoch strikt ab.

Damit Familienmitglieder einen sterbenden Angehörigen begleiten können, soll ein unbezahlter Pflegeurlaub eingeführt werden.

35 Sucht ist eine Krankheit. Deshalb wollen wir den Süchtigen anders als bisher helfen.

Ausstiegswilligen Drogenabhängigen muß rund um die Uhr eine Anlaufstelle zur Verfügung stehen. Es muß genügend Therapieplätze geben. Nach dem Entzug muß die Betreuung ausgebaut werden.

Süchtige, die den Entzug nicht schaffen, sollen durch medizinisch kontrollierte Methadonabgabe aus der Beschaffungskriminalität herausgeführt werden. Schwerstabhängige sollen, nach ausländischen Modellen, Heroin unter ärztlicher Kontrolle erhalten. Ziel der Drogenhilfe bleibt aber immer der Ausstieg aus der Abhängigkeit.

Wir sind verantwortlich für unsere Umwelt

36 Aus Verantwortung gegenüber den nachkommenden Generationen müssen wir möglichst schonend mit den natürlichen Ressourcen – Luft und Wasser, Boden und Rohstoffen – umgehen.

Deshalb müssen wir im Umweltschutz ein übergeordnetes, allgemein gültiges Gebot für die Politik, die Wirtschaft und die Gesellschaft sehen: Umweltschutz setzt die Bereitschaft zum vernetzten Denken voraus. Umweltschutz ist ein unverzichtbarer Bestandteil der nachhaltigen Entwicklung.

37 Umweltpolitik ist Arbeitsmarktpolitik: Der „grüne“ Markt ist ein Wachstumsmarkt. Kompetenz im Umweltschutz ist ein Standortvorteil.

Die Entwicklung und die Anwendung von Umweltschutztechnologien eröffnen insbesondere Klein- und Mittelbetrieben ein breites Feld an Wachstumschancen.

Betriebe, die sich auf Umweltschutztechnologien spezialisieren, schaffen sichere Arbeitsplätze.

38 Landesplanung ist ein Kernstück der Umweltpolitik. Die CSV tritt dafür ein, daß die Zersiedelung der Landschaft gestoppt wird. Deshalb muß die Nutzung des Baulandes innerhalb der Städte und Ortschaften Vorrang vor der Ausweitung des Bauperimeters haben. Luxemburg braucht ein Bodenschutzgesetz.

39 Um den zunehmenden Belastungen des ständig wachsenden Straßenverkehrs entgegenzuwirken, muß ein nationales Konzept für den öffentlichen Personenverkehr ausgearbeitet und in die Wege geleitet werden.

Als erste Etappe drängt sich die Schaffung einer Mobilitätszentrale auf. Diese soll durch innovative Kommunikations- und Marketingstrategien neue Kunden für den öffentlichen Transport gewinnen.

Bei der Verwirklichung des BTB-Projektes müssen die Entscheidungen – vor allem bezüglich der Streckenführung – gemeinsam mit den Verantwortlichen der Stadt Luxemburg getroffen werden.

40 Die CSV befürwortet die Förderung von energiesparenden Bauweisen und die Ausschöpfung alternativer Energien. Die Entwicklung umweltverträglicher Produkte und Produktionsverfahren muß unterstützt, effizienter Rohstoffeinsatz gefördert werden.

41 Um umweltgerechteres Verhalten der privaten Haushalte zu belohnen, spricht sich die CSV für ein Kompensationssystem aus, das sich an dem vom Mouvement Écologique ausgearbeiteten Ökobonus-Konzept inspiriert.

42 Wasserschutz muß Priorität genießen. Deshalb schlägt die CSV vor, die vorbeugende Wasserschutzpolitik in Trinkwasserschutzgebieten zu intensivieren. Die CSV setzt sich ebenfalls dafür ein, alle Kompetenzen im Bereich des präventiven Wasserschutzes in einem Wasserwirtschaftsamt zusammenzuführen.

43 Die CSV will die Effizienz des Umweltschutzes verbessern, indem sie eine engere Zusammenarbeit mit den Umwelt- und Naturschutzorganisationen anstrebt. Sie bejaht die Kofinanzierung der von ihnen durchgeführten Projekte, sofern diese dem Interesse der Allgemeinheit dienen.

Lebensqualität durch Sport

44 Sport vermittelt Lebensfreude, weckt Leistungswillen, begünstigt Persönlichkeitsbildung, stärkt Verantwortungsbewußtsein und fördert Teamgeist.

Deshalb besteht die CSV auf der Unterstützung des Schulsports. Daher setzt sie sich für die Einführung der Option „Sport“ am ISERP ein: Sportinteressierte Lehrer sollen die Möglichkeit erhalten, schwerpunktmäßig einen fachlich qualifizierten Sportunterricht zu erteilen.

Die Übergänge vom schulischen zum außerschulischen Sport sollen ausgebaut werden, um die Basis des Breitensports zu erweitern. Dadurch wird der Nachwuchs für Leistungs- und Hochleistungssport gesichert.

Bildungschancen für alle

45 Die Früherziehung erkennt Schwächen zu einem frühen Zeitpunkt. Sie kann daher dem schulischen Mißerfolg vorbeugen. Deshalb soll sie bis 2004 flächendeckend angeboten werden. Es bleibt der freien Wahl der Eltern überlassen, dieses Angebot zu nutzen. Den Gemeinden werden jährlich 200 Millionen Franken an Zuschüssen zur Verfügung gestellt.

46 Die CSV steht zur Mehrsprachigkeit. Die Kinder unserer ausländischen Mitbürger sollen aber besser in unser Schulsystem integriert werden. Darum soll der Unterricht in den Primärschulklassen spezielle sprachenspezifische Unterrichtseinheiten beinhalten.

47 Um die Schüler auch außerhalb der Schulzeit zu betreuen, und den Eltern die Möglichkeit zu geben, Familie und Beruf besser miteinander zu verbinden, wird die CSV in weiteren Pilotprojekten die Ganztagschule anbieten.

48 Ausländische Pilotprojekte haben gezeigt, daß die punktuelle Aufhebung der Koedukation von Mädchen und Jungen eine positive Auswirkung auf die fächerspezifischen Leistungen der Mädchen hat. Die CSV wird deshalb überprüfen, ob auch in Luxemburg solche Pilotprojekte durchgezogen werden sollen.

49 Der Sekundarunterricht soll durch ein Rahmengesetz neu geregelt werden. Es soll den Auftrag und das Ziel des Schulsystems definieren. Es soll die Rechten und Pflichten aller Schulpartner bestimmen. Es soll neue Regeln zur Leistungsbewertung festlegen.

Neben dem Ausbau der fächerübergreifenden Zusammenarbeit müssen die Bildungsinhalte ständig überprüft und aktualisiert werden.

Nicht nur die Fähigkeit zur Wissensaneignung soll bewertet werden, sondern auch die Sozial- und Problemlösungskompetenz.

Der Schüler soll auf allen Begabungsebenen gefördert werden. Er muß seine Persönlichkeit voll entfalten können.

Um eine zeitgerechte Bildung anbieten zu können, braucht die Schule den nötigen Freiraum. Deshalb will die CSV den Schulen eine größere Autonomie zugestehen. Somit können die Schulen didaktisch-methodisch neue Wege einschlagen. Sie können eher auf die Ansprüche ihrer Schüler eingehen.

50 Es ist oft schwierig, Konfliktsituationen im Schulbereich zu lösen. Ein offenes Gespräch zwischen den verschiedenen Partnern findet nur sehr schwer statt. Deshalb wird die CSV einen „Schul-Ombudsman“ einführen, der als Außenstehender die Probleme ohne Emotionen angehen kann.

51 Die Schülerzahl wächst ständig. Um dieser Entwicklung und den neuen Ausrichtungen des Sekundarunterrichts gerecht zu werden, werden in den nächsten fünf Jahren 725 neue Posten geschaffen.

52 Wir haben ein Hochschulgesetz gestimmt. Um es mit Leben zu füllen, brauchen wir universitäre Einrichtungen. Deshalb will die CSV dritte Studienzyklen in Bereichen einführen, in denen Luxemburg seine Kompetenz einbringen kann: Finanz- und Bankwissenschaften, Medien, EU-Recht.

53 Die Menschen, die während der normalen Schulzeit, aus welchen Gründen auch immer, keine abgeschlossene Ausbildung erlangt haben, müssen dies nachholen können. Deshalb tritt die CSV für eine Schule der zweiten Chance ein.

Um auf dem Arbeitsmarkt wettbewerbsfähig zu bleiben, muß man sich ein Leben lang weiterbilden. Weiterbildung ist nicht nur Sache eines jeden Einzelnen, sondern auch der Betriebe. Die CSV wird die nötigen Anreize schaffen, damit Betriebe in die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter finanzieren.

Medien- und Informationsgesellschaft

54 Medien informieren und tragen zur Meinungsbildung bei. Darum ist eine pluralistische Medienlandschaft notwendig. Um dies auch im Fernsehbereich zu garantieren, müssen lokale und regionale TV-Sender ans Netz.

55 Wir brauchen ein modernes Pressegesetz. Dabei müssen der Quellenschutz und der Informationszugang garantiert sein. Es gilt gleichzeitig die Intim- und Privatsphäre des einzelnen Bürgers zu schützen.

56 Der Computer ist aus dem täglichen Leben nicht mehr wegzudenken. Viele Informationen sind in den Datenbanken gespeichert. Diese muß man nutzen können, ohne sie mißbrauchen zu dürfen. Deshalb ist ein modernes Datenschutzgesetz unabdingbar.

Kulturelle Vielfalt

57 Kultur ist der Ausdruck der Identität eines Volkes. Jede Investition in die Kultur bedeutet eine Investition in die Zukunft unseres Landes. Kultur braucht Infrastrukturen. Nur so wird sie der vielfältigen Nachfrage gerecht. Die Rockhalle auf Esch-Belval wird gebaut werden. Die CSV setzt sich für den Bau einer großen Konzerthalle mit 1.500 Plätzen auf Kirchberg ein.

Gesunde Finanzen auf einem stabilen Fundament

58 Die CSV steht dafür ein, daß Luxemburg die Verpflichtungen einhält, die im europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt festgelegt sind. Deshalb begrüßt die CSV das Stabilitätsprogramm der luxemburgischen Regierung für die Jahre 1999-2002.

59 Die Budget- und Finanzpolitik der CSV wird sich am Gebot der Stabilität ausrichten,

- um die Voraussetzungen für ein Wirtschaftswachstum zu schaffen, das ein Höchstmaß an Beschäftigung gewährleistet,
- um das inzwischen erreichte hohe Niveau der öffentlichen Investitionen beibehalten zu können,
- um über genügend finanzielle Mittel für die Sicherung und den Ausbau der sozialen Schutzsysteme zu verfügen,
- um Spielraum für eine familienfreundliche, sozial orientierte sowie arbeits- und leistungsschonende Steuerpolitik zu schaffen,
- um die Schuldenlast des Staates so niedrig wie möglich zu halten, damit die Zukunft der heranwachsenden Generationen nicht hypothekiert wird.

60 Die CSV wird an den Grundsätzen ihrer Budget- und Finanzpolitik festhalten. Folglich wird sie dafür sorgen, daß die Haushaltsausgaben des Staates nicht schneller steigen als das mittelfristig vorauszusehende Wirtschaftswachstum.

61 Die CSV tritt entschieden für eine mehrjährige Finanzplanung ein. Weil sie ein umfangreiches Investitionsprogramm von Schulen, Kliniken, Alten- und Pflegeheimen verwirklichen will. Weil sie die kollektiven Infrastrukturen (Kommunikation, Verkehr und Transport, Industriezonen usw.) ausbauen und modernisieren will.

62 Seit dem 1. Januar 1999 ist Luxemburg Miteigentümer einer der stärksten Währungen der Welt. Der Erfolg des Euro ist wichtig – im Interesse der Konsumenten und der Betriebe. Deshalb werden wir die praktische Einführung der Euro-Banknoten 2002 so gut vorbereiten wie den Start des Euro.

63 Die CSV setzt auf eine Steuerpolitik nach Maß. Deshalb will sie

- den Einkommensteuertarif durchgehend um 2 Prozentpunkte

senken, sofern die Wirtschafts- und Finanzlage dies zuläßt;

- besonders Familien mit Kinder helfen, indem sie vorschlagen wird, über eine Verlängerung der Steuerermäßigungsfrist für Kinder, die den elterlichen Haushalt verlassen haben, nachzudenken;
- die gesamte effektive Steuerlast der Betriebe unter 35 % senken, um ihre Konkurrenzfähigkeit im europäischen Vergleich zu sichern.

64 Die CSV will die Steuerverwaltungen personell aufstocken, um die Steuerhinterziehung wirksamer bekämpfen zu können.

In Europa brauchen wir fairen Steuerwettbewerb. Deshalb befürwortet die CSV ein gemeinsames Regelwerk gegen unlauteren Steuerwettbewerb zwischen den EU-Ländern. Hierbei wird sie sich an drei Prinzipien halten:

- Der Finanzplatz Luxemburg genießt wegen der anerkannt hohen Qualität seiner Produkte und Dienstleistungen internationales Ansehen. Deshalb würde durch die Einführung einer europaweiten Kapitalertragsteuer, unter gewissen Bedingungen und zu einem niedrigen Mindestsatz, dem Ansehen des Finanzplatzes nicht schaden.
- Auf keinen Fall wird die CSV einer Kapitalertragsteuer für nicht-ansässige Anleger zustimmen, die unser Bankgeheimnis antastet, die zur Kapitalflucht außerhalb der EU führt und die in einzelnen Territorien auf dem Gebiet der EU ignoriert werden könnte.
- Die CSV wird der Einführung einer Kapitalertragsteuer ebenfalls ihre Zustimmung verweigern, sofern nicht gleichzeitig eine zwingende EU-Regelung gegen unfairen Wettbewerb bei der Unternehmensbesteuerung getroffen wird.

Finanzplatz: Drehscheibe für Internet-Banking

65 Die CSV stellt fest, daß der Finanzplatz Luxemburg heute das weltweit siebtgrößte Finanzzentrum ist. Parallel hat sich das Versicherungs- und Rückversicherungswesen zu einem wachstumskräftigen Sektor entwickelt.

Seit der Einführung des Euro steht der Finanzplatz vor der Herausforderung, mit neuen Produkten und innovativen Dienstleistungen seine international anerkannte Kompetenz, besonders im Private-banking und im Bereich der Investmentfonds, zu untermauern.

66 Es kommt nun darauf an, mit politischen und legislativen Maßnahmen ein ordentliches Pflaster für die Zukunft zu schaffen.

Die CSV hat mit der Schaffung der europäischen Pensionsfonds „nach Luxemburger Art“ bewiesen, daß sie erfolgversprechende Chancen zu nutzen versteht. Sie ist nun zu einem weiteren Schritt entschlossen:

Die CSV setzt sie sich dafür ein, Luxemburg als Drehscheibe für elektronische Service-Leistungen und Internet-Bank zu profilieren. Deshalb will sie einen modernen und verlässlichen Gesetzesrahmen für

„electronic banking“ über Internet schaffen.

67 Im Interesse der ehrlichen Anleger, die Recht auf Diskretion und Sicherheit haben, muß die mißbräuchliche Nutzung des Finanzplatzes durch Wirtschaftskriminelle unterbunden werden. Deshalb wird die CSV den Kampf gegen Geldwäsche notfalls intensivieren. Der Finanzplatz braucht einen wirksamen „cordon sanitaire“.

Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft

68 Die CSV wird sich für die Stärkung des Industriestandorts Luxemburg einsetzen. Sie setzt daher auf Fördermaßnahmen für bestehende Unternehmen, die expandieren wollen.

Deshalb befürwortet sie weitere Anstrengungen zur industriellen Diversifizierung. Dabei soll die Ansiedlung von Betrieben aus den Bereichen der Zukunftstechnologien Priorität genießen.

69 Einen unverzichtbaren Bestandteil unserer Wirtschaftskraft – mehr als 35 % unseres Bruttoinlandsprodukts – stellen die 13.400 Klein- und Mittelbetriebe dar. Sie bieten nahezu 48 % aller Arbeitsplätze in Luxemburg an und stellen insgesamt 2.750 Lehrstellen bereit.

Die CSV wird nicht zulassen, daß die Klein- und Mittelbetriebe mit einer Ausbildungsabgabe belastet werden.

Die CSV verbürgt sich dafür, daß die Belastung der Betriebe durch Lohnnebenkosten – die niedrigste Belastung in der EU – nicht ansteigen wird.

70 Die Bau- und Ausbaubetriebe dürfen sich darauf verlassen, daß die öffentlichen Investitionen auf hohem Niveau weitergeführt werden.

71 Die CSV wird den Klein- und Mittelbetrieben regionale und lokale Gewerbezone zur Verfügung stellen. Klein- und Mittelbetriebe müssen sich ebenfalls in den Industriebranchen des Südens ansiedeln dürfen. Dies gilt besonders für Betriebe, die sich innerhalb einer Ortschaft niedergelassen haben und sich nicht mehr ausbreiten können.

72 Die CSV wird darauf hinwirken, daß die SNCI verstärkt auf spezifische Finanzierungsbedürfnisse der Klein- und Mittelbetriebe eingeht. Vor allem muß für Existenzgründer der Zugang zu Startkapital erleichtert werden.

Auch die „Mutualité d'aide aux artisans“ und die „Mutualité de cautionnement et d'aide aux commerçants“ sollen in die Lage versetzt werden, Existenzgründern den Zugang zum Startkapital zu erleichtern. Die CSV wird einen staatlichen Garantiefonds schaffen, der zur Teilabsicherung von solchen Start-up-Krediten dienen wird.

Die CSV wird die bei der Handwerkskammer und der Handelskammer eingerichteten „centres des formalités“ weiterhin bei ihrer Starthilfe für Existenzgründer unterstützen.

Für „sanften Tourismus“ in Luxemburg

73 Heute sind die Qualität und die Umweltverträglichkeit des Angebots maßgebliche Kriterien bei der Wahl eines Urlaubszieles. Darauf muß sich die luxemburgische Tourismusindustrie einstellen.

Desgleichen müssen die Chancen wahrgenommen werden, die – neben dem Kongress- und Incentivetourismus – der Tourismus im ländlichen Raum sowie der Kulturtourismus bieten.

Deshalb wird die CSV Bemühungen unterstützen, „sanften“ Tourismus zu einer Spezialität der luxemburgischen Tourismusindustrie zu machen.

Das Umwelt-Label für Tourismusbetriebe, die nach Gesichtspunkten der Umweltverträglichkeit geführt werden, muß weiter ausgebaut werden.

Unser Ziel: eine reale Chance für jeden Arbeitslosen

74 Der Nationale Beschäftigungsplan (PAN) stellt einen qualitativen Sprung in der aktiven Arbeitsmarktpolitik dar, die seit fünf Jahren unter dem Impuls der CSV verfolgt wird. Unsere Partei will diese Politik in der kommenden Legislaturperiode fortsetzen. Dabei wird sie die enge Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern fortsetzen.

75 Das besondere Augenmerk der CSV gilt der Arbeitszeitorganisation, einem zentralen Element des Nationalen Beschäftigungsplanes. Dazu stellt sie folgendes fest:

- Eine allgemeine gesetzliche Arbeitszeitverkürzung kommt unter den aktuellen Gegebenheiten nicht in Frage.
- Die Sozialpartner müssen bei Tarifvertragsverhandlungen über eine Verkürzung der Arbeitszeit – auf betrieblicher oder auf sektorieller Ebene – verhandeln.
- Entstehen dabei neue Arbeitsplätze, die den einheimischen Arbeitsmarkt entlasten, übernimmt der Staat u.a. zeitlich befristet die Lohnnebenkosten des zusätzlich eingestellten Personals.

Die CSV befürwortet neue Modelle der Arbeitszeitorganisation. So begrüßt sie, daß Arbeitnehmer durch die Individualisierung der Arbeitszeitorganisation einen größeren Spielraum für ihre persönliche Lebensplanung erhalten können. Deshalb wird die CSV, wie in der Tripartite vereinbart, ein Gesetz über Zeitkonten vorlegen.

76 Die CSV verbürgt sich für die baldige Verabschiedung des zu überarbeitenden Kollektivvertragsgesetzes. Die Vertragsfähigkeit der Gewerkschaften muß unbedingt neu definiert werden.

77 Die CSV will das Ausschußgesetz von 1979 so reformieren, daß die Ausschußmitglieder das Personal effizienter vertreten können.

78 Auch das Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer muß an die neuen betrieblichen Gegebenheiten angepaßt werden. Die CSV

will die Arbeitnehmervertreter stärker in die Entscheidungsfindung der Unternehmer einbinden.

Die CSV will ebenfalls die betriebliche Kapital- und Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer fördern.

79 Die CSV will dafür sorgen, daß bei Outsourcing, d.h. bei der Auslagerung einzelner Produktions- oder Dienstleistungsabteilungen, die Rechte der Arbeitnehmer respektiert werden. Sie wird einen entsprechenden gesetzlichen Rahmen schaffen.

80 Die CSV wird den aufstrebenden Sektor der sozio-ökonomischen Betriebe durch eine Verbesserung der Rahmenbedingungen und eine gesetzliche Regelung unterstützen.

Sie ist sich bewußt, daß diese Betriebe neuen Bedürfnissen in einer sich wandelnden Gesellschaft entsprechen. Diese Betriebe brauchen Fachpersonal, das von weniger qualifizierten Mitarbeiter assistiert oder bei administrativer Arbeit entlastet werden kann. Allerdings haben diese Assistenzkräfte die Chance, unter Aufsicht eine zusätzliche Qualifikation zu erlangen.

Ja zur Landwirtschaft

81 Die CSV ist im Rahmen der Agenda-2000-Verhandlungen mit Nachdruck für den Erhalt einer leistungsfähigen und flächendeckenden Landwirtschaft in Luxemburg eingetreten. Dies wird sie auch weiterhin tun. Dabei strebt sie auch den Erhalt der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft selbst an, sowie in den ihr vor- und nachgelagerten Sektoren.

82 Ein wichtiger Pfeiler der Agrarpolitik stellt eine Politik zur Entwicklung des ländlichen Raumes dar. Deshalb bejaht die CSV eine Diversifizierung der Aktivitäten und die Schaffung neuer Erwerbsquellen im ländlichen Raum.

In diesem Sinne wird die CSV die Landschaftspflegeprämie für Bauern und Winzer ausbauen.

83 Die CSV befürwortet eine flexiblere Regelung für die Übertragung der Milchquoten unter der Maßgabe, daß die Stellung der aktiven Bauern gestärkt und der im Milchsektor nötige Strukturwandel beschleunigt wird.

Dazu gehört ein Ausbau der im luxemburgischen Agrargesetz vorgesehenen Fördermaßnahmen für die strukturelle Anpassung der landwirtschaftlichen Betriebe.

Weinbau: Priorität für Qualität

84 Ziel der Weinbaupolitik der CSV ist und bleibt es, die Konkurrenzfähigkeit unseres Weinbaus zu stärken, um den Winzer ein für ihre Arbeit, ihre Kompetenz und ihre Investitionen angemessenes Einkommen zu gewährleisten.

Die Bemühungen der Winzer um eine marktorientierte Produktion von Qualitätsweinen haben sich gelohnt. Sie müssen weitergeführt

werden. Dabei wird die CSV für eine tatkräftige Unterstützung sorgen.

85 Die Vermarktung der luxemburgischen Qualitätsweine muß durch fachgerechte Promotion im In- und Ausland gefördert werden.

Deshalb ist die CSV bereit, die Gründung eines auf Promotion spezialisierten Gremiums durch die Winzerorganisationen zu unterstützen und ihm die nötige Hilfe und Förderung zukommen zu lassen.

Stabile und bürgernahe Institutionen

86 Wir brauchen eine moderne Verfassung für ein neues Jahrhundert. Die Ausarbeitung eines neuen Grundgesetzes läßt sich jedoch nicht improvisieren.

Deshalb schlägt die CSV vor, daß das Parlament in der nächsten Legislaturperiode eine Arbeitsgruppe einsetzt, in der auch externe Spezialisten des Verfassungsrechts mitarbeiten.

Diese Arbeitsgruppe soll das Projekt einer modernen Verfassung ausarbeiten, ohne die Grundzüge unseres geschichtlich gewachsenen Verfassungsrechts in Frage zu stellen.

Sollte das Parlament das Projekt der Arbeitsgruppe als konsensfähige Grundlage annehmen, könnte die Verfassung in der nächsten Legislaturperiode zur vollständigen Revision freigegeben werden.

Dann könnte das Parlament vor dem Jahr 2005 Luxemburg eine Verfassung für das 21. Jahrhundert geben.

87 Nach der Reform des Gesetzes über das staatliche Finanzwesen und der Schaffung des Rechnungshofes schlägt die CSV einen neuen Schritt vor, um die Kontrollrechte des Parlaments über die Staatsfinanzen zu verstärken.

Die CSV wird einen ausschließlich für die Haushalts- und Finanzkontrolle zuständigen Parlamentsausschuß einsetzen.

Um keinen Zweifel an dessen Arbeitsweise aufkommen zu lassen, tritt die CSV dafür ein, den Vorsitz der Haushalts- und Finanzkontrollkommission der Opposition zu überlassen.

88 Um die Bürger stärker in das politische Geschehen einzubinden, müssen wesentliche Instrumente der direkten Demokratie geschaffen bzw. ausgebaut werden.

Die CSV schlägt vor, den Bürgern und Vereinigungen das Recht zu geben, selber Gesetzesvorschläge einzubringen, die dem Parlament und der Regierung zu unterbreiten sind.

Die CSV will die Möglichkeit der Volksbefragung – auf dem Weg eines Referendums – breiter gestalten. Allerdings sollte eine solche Volksbefragung sich auf grundlegende Fragen, wie die institutionelle Organisation des Staates oder die bürgerlichen Rechte und Freiheiten beschränken.

89 Wir brauchen nicht nur moderne, sondern auch bürgernahe Institutionen.

Deshalb will die CSV beim Parlament eine(n) Bürgerbeauftragte(n) einsetzen. Diese(r) soll den Bürgern bei Problemen mit den Institutionen

und Verwaltungen helfen. Sie/Er soll das Recht haben, direkt mit dem Parlament und den Institutionen oder den Verwaltungen Kontakt aufzunehmen bzw. zusammenzuarbeiten.

90 Die CSV wird ein Gesetz ausarbeiten, das die Rechte und Pflichten der Minister und Staatssekretäre eindeutig definiert. Die politische und administrative Verantwortung muß klar zugeordnet werden.

Damit gleiches Recht für alle gilt, soll desweiteren die zivil- und strafrechtliche Haftung der Regierungsmitglieder per Gesetz festgelegt werden. Jeder soll wissen, wofür ein Regierungsmitglied verantwortlich gemacht werden kann.

91 Außerhalb des Parlaments müssen für die Abgeordneten die gleichen Gesetze und Vorschriften gelten wie für die anderen.

Deshalb besteht die CSV darauf, daß die parlamentarische Immunität in Strafsachen abgeschafft wird.

Deshalb verlangt sie, daß das Parlament einen entsprechenden Gesetzesvorschlag der CSV-Fraktion stimmt.

92 Luxemburg hat eine gute und kompetente Verwaltung. Wir brauchen eine moderne und effiziente Verwaltung, die im Dienst der Allgemeinheit steht.

Im Konsens mit der Beamtenschaft will die CSV die 1995 in Angriff genommene Verwaltungsreform systematisch voranbringen.

Die CSV will im Dialog mit der Beamtenschaft das Beamtenstatut modernen Erfordernissen anpassen, ohne dabei das spezifische Dienstverhältnis in Frage zu stellen.

Die CSV will in der nächsten Legislaturperiode im Dialog mit den Betroffenen eine Revision des Gehältergesetzes angehen. Das neue Gehältergesetz soll zum einen den Änderungen des Arbeitsumfeldes Rechnung tragen und zum anderen die Kompetitivität des Öffentlichen Dienstes absichern.

93 Asylrecht ist ein Gastrecht. Das Gastrecht gegenüber Kriegsflüchtlingen entspricht, nach dem Verständnis der CSV, unserer Verpflichtung zur Mitmenschlichkeit. An ihr halten wir fest.

Die luxemburgische Gastfreundlichkeit darf nicht mißbraucht werden. Jeder muß wissen: Unsere Gesetze sind für alle gleich.

Das Recht auf Sicherheit

94 Sicherheit für die Bürger ist eine der ersten Pflichten des Staates. Sicherheit ist eine der Prioritäten der CSV.

Die Sicherheitskräfte müssen genügend Personal haben.

Die Beamten müssen hoch motiviert und bestens ausgerüstet sein.

Die Sicherheitskräfte müssen über modernstes Material verfügen, um innerhalb von wenigen Minuten in jedem Teil unseres Landes eingreifen zu können. Denn: Die Sicherheitskräfte müssen schneller als die Verbrecher sein.

Wir werden dafür sorgen, daß den Sicherheitskräften ein Einsatz-

Hubschrauber zur Verfügung steht.

95 Opfer von Straftaten haben Recht auf psychologische Hilfe und materielle Unterstützung. Die CSV wird die bestehenden Angebote ausbauen und verbessern.

Die CSV besteht ebenfalls darauf, daß vor Gericht die Opfer von Straftaten Recht auf juristischen Beistand haben.

Zwischen dem Straftäter, der Recht auf einen Verteidiger hat, und dem Opfer muß Chancengleichheit hergestellt werden.

Deshalb wird die CSV dafür sorgen, daß Opfer einer Straftat Recht auf den juristischen Beistand eines Opferanwalts haben.

Im Falle einer Verurteilung trägt der Täter die Kosten des Opferanwalts.

Bürgernahe Gemeinden

96 Die CSV hält es für wichtig, die Aufgabenteilung zwischen Staat und Gemeinden zu hinterfragen. Eine mögliche Neuaufteilung der Kompetenzen könnte den Gemeinden helfen, ihre spezifischen Aufgaben und Kompetenzen im Interesse der Einwohner voll zu erfüllen.

Die CSV tritt für eine grundsätzliche Debatte über die Reform der Gemeindefinanzen ein.

Desgleichen befürwortet sie prinzipiell eine Reform des kommunalen Wahlgesetzes, um die Transparenz des politischen Geschehens auf kommunaler Ebene zu verbessern.

Europapolitik ist Innenpolitik

97 Die Europapolitik greift in wesentliche Aspekte der nationalen Politik ein. Darum wird die CSV dafür sorgen, daß die luxemburgischen Interessen in Europa gewahrt werden.

Um Europa voranzutreiben, braucht es wirksame Institutionen. Jedes EU-Land muß ein volles Mitspracherecht besitzen. Die CSV setzt sich dafür ein, daß Luxemburg auch in Zukunft über ein eigenes Mitglied in der EU-Kommission verfügt.

98 Die CSV wird sich für die Weiterentwicklung des europäischen Sozialmodells einsetzen. Sie fordert einen europäischen Mindestlohn und Mindestvorschriften beim Arbeitsrecht, um dem sozialen Dumping vorzubeugen. Die Bekämpfung der Armut muß eine europäische Angelegenheit werden.

Solidarität zwischen arm und reich

99 Die reichen Regionen in Europas müssen weiterhin Solidarität mit den ärmeren Teilen Europas zeigen. Deshalb müssen auch die Beitrittskandidaten an das Entwicklungsniveau der EU-Länder herangeführt werden. Das reiche Europa muß die armen Länder auf der Welt unterstützen. Die CSV will die luxemburgische Entwicklungshilfe erhöhen. Sie soll mittelfristig 1% des Bruttosozialproduktes erreichen.